



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter SPD

Drs. 17/111, 17/513

Aufklärung von Vorwürfen gegen die Justizvollzugsanstalten Straubing und München-Stadelheim

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Vorwürfe zu berichten, dass ein an „Parkinson“ erkrankter Untersuchungsgefangener, dem vorgeworfen wird, den Polizeibeamten Matthias V. ermordet zu haben, während der Untersuchungshaft in den Justizvollzugsanstalten Straubing und München-Stadelheim zur Aufrechterhaltung seiner Verhandlungsfähigkeit nicht entsprechend einem von einem Neurologen aufgestellten 10-Punkte-Therapie-Plan behandelt und deshalb verhandlungsunfähig geworden ist, zu berichten und hierbei insbesondere darauf einzugehen,

- welchen konkreten Inhalt der 10-Punkte-Therapie-Plan hatte,
- welche Teile hiervon in den genannten Justizvollzugsanstalten umgesetzt worden sind und welche nicht und aus welchen Gründen,
- ob es zutrifft, dass die Therapieempfehlungen eines Neurologen auch dann nicht oder nur teilweise umgesetzt worden sind, als sich der Gesundheitszustand des Untersuchungsgefangenen massiv verschlechtert hatte,
- welche Konsequenzen die Staatsregierung aus dem Vorgang zu ziehen gedenkt, falls die Vorwürfe zutreffen?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident